

Friedhofsordnung

für den Friedhof

in Ellershausen

I. Allgemeine Vorschriften

§ 1

Eigentum und Zweckbestimmung

1. Der Friedhof steht im Eigentum der
polit. Gemeinde Bad Soden-Allendorf
2. Der Friedhof umfaßt folgende Flurstücke
1 / 48
3. Der Friedhof dient der Bestattung aller Personen, die bei ihrem Tod Einwohner der Gemeinde Ellershausen

waren oder ein Recht auf Beisetzung in einer bestimmten Grabstätte besaßen.

Die Bestattung anderer Personen kann mit Zustimmung der Friedhofsverwaltung erfolgen.

§ 2

Friedhofsausschuß

Die Verantwortung für den Friedhof obliegt dem Friedhofsausschuß. Der Friedhofsausschuß besteht aus dem Vorsitzenden des Kirchenvorstands der evangelischen Kirchengemeinde, dem Bürgermeister und ~~zwei~~ — vier — weiteren Mitgliedern, von denen je ~~eines~~ — zwei — vom Kirchenvorstand und von der politischen Gemeinde bestimmt werden. Den Vorsitz führt der Vorsitzende des Kirchenvorstands, stellvertretender Vorsitzender ist der Bürgermeister. Die Geschäftsführung und Abstimmung erfolgt nach der dieser Friedhofsordnung beigelegten „Geschäftsordnung für den Friedhofsausschuß“. Aufsichtsbehörde ist das Landeskirchenamt in Kassel. Unberührt bleibt die allgemeine Zuständigkeit der Polizeibehörde.

§ 3

Friedhofsverwaltung

1. Die aus dem Friedhofsbetrieb sich ergebenden Einnahmen fließen in die Friedhofskasse, die von der Friedhofsverwaltung verwaltet wird. Sie sind ausschließlich für Zwecke des Friedhofs zu verwenden. Die Gebührenordnung für den Friedhof wird von dem Friedhofsausschuß aufgestellt und bedarf der Genehmigung des Landeskirchenamts.
2. Die Friedhofsverwaltung führt ein Grabregister der beigesetzten Verstorbenen, das, getrennt

nach Reihen- und Wahlgrabstätten, mindestens die laufenden Grabnummern, den Namen, das Geburts- und Sterbedatum des Verstorbenen und den Tag der Beisetzung enthält.

§ 4

Verhalten der Friedhofsbenutzer

1. Der Friedhof ist während der festgesetzten Zeiten geöffnet.
2. Die Benutzer haben sich ruhig und der Würde des Ortes entsprechend zu verhalten. Den Anordnungen der mit der Aufsicht betrauten Personen ist Folge zu leisten. Wer den Anordnungen zuwider handelt, kann vom Friedhof verwiesen werden.
3. Kinder unter 12 Jahren dürfen den Friedhof nur in Begleitung Erwachsener betreten, die für etwaige durch die Kinder verursachte Schäden verantwortlich sind. Werden ältere Kinder mit der Pflege von Grabstätten beauftragt, so sind deren Eltern oder Erziehungsberechtigte für Schäden und Unfälle voll verantwortlich.

§ 5

Einzelvorschriften

Innerhalb des Friedhofes ist es nicht gestattet:

- a) die Flächen außerhalb der Wege und die Grabstätten unbefugt zu betreten, den Friedhof und seine Einrichtungen und Anlagen zu verunreinigen oder zu beschädigen,
- b) die Wege ohne besondere Erlaubnis der Friedhofsverwaltung mit motorisierten Fahrzeugen zu befahren (dieses Verbot gilt nicht für Krankenfahrstühle),
- c) Abraum außerhalb der dafür vorgesehenen Plätze und Einrichtungen abzulegen,
- d) Druckschriften zu verteilen, Waren aller Art sowie gewerbliche Dienste anzubieten,
- e) an Sonn- und Feiertagen oder in der Nähe einer Bestattungshandlung Arbeiten auszuführen,
- f) zu lärmern und zu spielen,
- g) Hunde frei laufen zu lassen; sie sind an der Leine zu führen.

§ 6

Gewerbliche Arbeiten

1. Gewerbliche Arbeiten an den Grabstellen (insbesondere Steinmetz- und gärtnerische Arbeiten) dürfen nur mit vorher erteilter Zustimmung durch die Friedhofsverwaltung und unter Beachtung der dafür bestehenden Bestimmungen ausgeführt werden. Die Zustimmung wird erst erteilt, wenn der Gewerbetreibende oder die Firma diese Friedhofsordnung durch Unterschrift als für alle einschlägigen Arbeiten verbindlich anerkannt hat.
2. Die Zustimmung kann versagt oder widerrufen werden, wenn ein Gewerbetreibender trotz Abmahnung gegen die bestehenden Vorschriften verstoßen hat.
3. Bei gewerblichen Arbeiten ist auf Bestattungsfeierlichkeiten Rücksicht zu nehmen.
4. Es ist den Gewerbetreibenden untersagt, ein Mitglied der Friedhofsverwaltung oder Friedhofspersonal um Hilfe zur Erlangung von Aufträgen anzugehen; hierunter fällt auch die Bitte um Mitteilung über Sterbefälle und Hinterbliebenenanschriften.

§ 7

Bestattungen durch einen evangelischen Geistlichen

1. Die evangelisch kirchliche Bestattung ist eine gottesdienstliche Handlung, die der kirchlichen Ordnung unterliegt.
2. Ansprachen und musikalische Darbietungen während einer evangelisch kirchlichen Bestattung bedürfen der vorherigen Genehmigung des Pfarrers.
3. Kränze können mit kurzen Widmungsworten nach Abschluß der Bestattungsfeier niedergelegt werden.

§ 8

Andere Bestattungsfeiern und sonstige Veranstaltungen

1. Bei Bestattungen und sonstigen Veranstaltungen sind Äußerungen, Lieder und Musikstücke verboten, die der Würde des Ortes widersprechen oder geeignet sind, das religiöse — insbesondere das christliche — Empfinden zu verletzen.
2. Ansprachen und musikalische Darbietungen sollen beim Vorsitzenden des Friedhofsausschusses (§ 2) spätestens am Tag vor der Beerdigung angemeldet werden. Sie können untersagt werden, wenn die Gefahr besteht, daß die Ansprache oder die musikalische Darbietung der Würde des Ortes widerspricht oder das religiöse Empfinden verletzt. Gegen eine ablehnende Entscheidung des Vorsitzenden steht dem Betroffenen das Recht des Einspruchs zu, über den der Friedhofsausschuß zu entscheiden hat.

II. Bestattungsvorschriften

§ 9

Allgemeines

1. Die vom Standesamt ausgestellte Sterbebescheinigung (Totenschein) ist unverzüglich der Friedhofsverwaltung vorzulegen, damit Grabstelle und Bestattungstermin festgelegt werden können. Bei einer Beisetzung in einer schon vorhandenen Wahlgrabstätte ist auch das Nutzungsrecht nachzuweisen.
2. Den Bestattungstermin legt die Friedhofsverwaltung im Einvernehmen mit den Angehörigen und dem zuständigen Pfarrer fest.

§ 10

Ruhefrist

Die Ruhefrist für Leichen und Aschen beträgt 30 Jahre.

§ 11

Umbettungen

1. Aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses kann die Friedhofsverwaltung Grabstätten verlegen und damit Umbettungen vornehmen. Die Leichen oder Aschenreste sind in diesen Fällen in ein anderes Grab gleicher Art umzubetten.
2. Sonstige Umbettungen bedürfen der Genehmigung der Friedhofsverwaltung. Die Zustimmung kann nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes erteilt werden. Umbettungen von Leichen aus einem Reihengrab in ein anderes Reihengrab des gleichen Friedhofes sind nicht zulässig. Ist die Ruhefrist noch nicht abgelaufen, so wird die Umbettung von der schriftlichen Erlaubnis des Amtsarztes und der zuständigen Ordnungsbehörde abhängig gemacht. Die Grabmale und ihr Zubehör können nur dann umgesetzt werden, wenn sie nicht gegen die Gestaltungsrichtlinien der betreffenden neuen Grababteilung verstoßen.
3. Kann der Antragsteller nicht allein über die Umbettung verfügen, so hat er die Einwilligung der anderen Berechtigten in schriftlicher Form nachzuweisen. Ferner hat der Antragsteller eine schriftliche Verpflichtungserklärung abzugeben, daß er alle Kosten übernimmt, die bei der Umbettung durch Beschädigung und Wiederinstandsetzung gärtnerischer oder baulicher Anlagen an Nachbargrabstätten etwa entstehen.

III. Grabstätten

§ 12

Allgemeine Bestimmungen über Grabstätten

1. Die Grabstätten werden eingeteilt in:
Reihengrabstätten
Wahlgrabstätten
Urnenreihengrabstätten
Urnenwahlgrabstätten
2. Die Grabstätten sind Eigentum der Gemeinde (§ 1).

An ihnen können nur Rechte nach dieser Ordnung erworben werden.

- 3. Bei Erdbeisetzungen darf in jedem Grab grundsätzlich nur eine Leiche beigesetzt werden. Es kann gestattet werden, eine Mutter mit einem gleichzeitig verstorbenen neugeborenen Kind oder zwei gleichzeitig verstorbene Kinder bis zu 5 Jahren in einem Grab zu bestatten.
- 4. Aschenurnen dürfen außer in Urnenreihen- und Urnenwahlgrabstätten auch in Wahlgrabstätten für Erdbestattungen beigesetzt werden.
- 5. Aus dem Nutzungsrecht ergibt sich die Pflicht zur Anlage und zur Pflege der Grabstätte. Wird eine Grabstätte nicht den Vorschriften entsprechend angelegt (vgl. § 16, insbesondere Abs. 4) oder länger als ein Jahr in der Unterhaltung vernachlässigt, so ist der Nutzungsberechtigte unter Fristsetzung zur Beseitigung der Mängel schriftlich aufzufordern. Ist der Nutzungsberechtigte unbekannt oder nicht zu ermitteln, genügt eine öffentliche auf 6 Monate befristete Aufforderung. Kommt der Nutzungsberechtigte der Aufforderung nicht nach, so kann die Friedhofsverwaltung die Grabstätte in dem erforderlichen Umfang abräumen, einebnen und begrünen lassen. Abgeräumte Grabaufbauten fallen in die Verfügungsgewalt der Friedhofsverwaltung. Etwaige Entschädigungsansprüche verjähren innerhalb von drei Jahren.
- 6. Ein Anspruch auf Verleihung und Wiedererwerb von Nutzungsrechten an bestimmten Grabstätten oder auf Unveränderlichkeit der Umgebung besteht nicht.
- 7. Die Gräber werden von einer von der Friedhofsverwaltung bestimmten Person ausgehoben und wieder zugefüllt.
- 8. Die Mindestgrabtiefe beträgt von Oberkante Sarg bis Erdoberfläche (ohne Grabhügel) 0,90 m, von Oberkante Urne bis Erdoberfläche 0,60 m.
- 9. Die Gräber für Erdbeisetzungen müssen voneinander durch mindestens 0,30 m starke Erdwände getrennt sein.

§ 13

Erläuterung der Grabstätten

1. a) Reihengrabstätten

sind Grabstellen, die im Beerdigungsfall der Reihe nach einzeln für die Dauer der Ruhefrist von 30 Jahren abgegeben werden. Nutzungsrechte über die Ruhefrist hinaus können nicht geltend gemacht werden. Ein Wiedererwerb von Reihengräbern oder die Verlängerung der Ruhefrist ist nicht möglich. Das Abräumen von Reihengrabfeldern oder Teilen von ihnen nach Ablauf der Ruhefrist wird 6 Monate vorher öffentlich bekanntgegeben.

- b) Größe der Reihengrabstätten für Erwachsene:
Länge 2,20 m, Breite 1,20 m

für Kinder bis zu 5 Jahren:
Länge 1,50 m, Breite 0,90 m.

Die Breite des Weges zwischen den Grabreihen beträgt 1,00 m.

2. a) Wahlgrabstätten

werden einzeln oder für mehrere Grabstellen für die Dauer des Nutzungsrechts vergeben. Das Nutzungsrecht beträgt 40 Jahre, vom Tage des Erwerbs an gerechnet. Nach Ablauf des Nutzungsrechtes kann es nur auf Antrag und nur für die gesamte Wahlgrabstätte gegen Zahlung einer Gebühr nach der jeweiligen Gebührenordnung einmalig um weitere 30 Jahre erneuert werden.

Über das Nutzungsrecht wird eine Bescheinigung ausgestellt. Die Friedhofsverwaltung ist nicht verpflichtet, zur rechtzeitigen Stellung des Verlängerungsantrages aufzufordern.

- b) Überschreitet bei Beisetzungen die Ruhefrist das noch laufende Nutzungsrecht, so ist zur Wahrung der Ruhefrist das Nutzungsrecht um den notwendigen Zeitraum zu verlängern. Die Gebühren richten sich auch bei Erneuerung der Nutzungsrechte nach der jeweils gültigen Gebührenordnung.

- c) Nach Erlöschen des Nutzungsrechts und nach Ablauf der Ruhefrist kann die Friedhofsverwaltung über die Grabstätte anderweitig verfügen; hierauf ist durch öffentliche Bekanntmachung in ortsüblicher Form hinzuweisen.

- d) In einem Wahlgrab dürfen der Nutzungsberechtigte und seine Angehörigen beigesetzt werden.

Als Angehörige im Sinne dieser Ordnung gelten:

- 1. der Ehegatte des Nutzungsberechtigten,
- 2. Verwandte auf- und absteigender Linie sowie Geschwister und Geschwisterkinder,
- 3. die Ehegatten der unter 2. bezeichneten Personen.

- e) Größe der Wahlgrabstätten

Für die Größe der Wahlgräber gelten mindestens die für Reihengräber für Personen über 5 Jahre vorgeschriebenen Maße.

3. a) Urnenreihengrabstätten

sind Grabstellen, die der Reihe nach belegt und erst im Todesfall für die Dauer der Ruhefrist zur Beisetzung einer Aschenkapsel abgegeben werden. In einer Urnenreihengrabstätte kann nur eine Aschenkapsel beigesetzt werden. Die Beisetzung in Überurnen (aus Ton und Metall) ist in einem Urnenreihengrab nicht gestattet.

- b) Größe der Urnenreihengrabstätte
Länge 1,00 m, Breite 1,00 m.

Die Breite des Weges zwischen den Grabreihen beträgt 1,00 m.

4. a) Urnenwahlgrabstätten

sind Grabstellen, an denen auf Antrag ein Nutzungsrecht für die Dauer von 40 Jahren (Nutzungszeit) verliehen wird. Entsprechend

der jeweiligen Größe einer Urnenwahlgrabstätte können mehrere Urnen beigesetzt werden.

b) Größe der Urnenwahlgrabstätte

Für die Größe der Urnenwahlgrabstätten gelten mindestens die für Urnenreihengrabstätten vorgeschriebenen Maße.

5. Soweit sich nicht aus der Friedhofssatzung etwas anderes ergibt, gelten die Vorschriften für Reihen- und Wahlgrabstätten entsprechend auch für Urnengrabstätten.

IV. Gestaltung der Grabstätten

§ 14

Allgemeine Gestaltungsgrundsätze und Wahlmöglichkeit

1. Jede Grabstätte ist so zu gestalten und so an die Umgebung anzupassen, daß die Würde des Friedhofs in seinen einzelnen Teilen und in seiner Gesamtanlage gewahrt wird.
2. Der Friedhof wird unterteilt in Grabfelder mit und ohne Gestaltungsrichtlinien*).
3. Nähere Einzelheiten hierzu regelt die Ordnung für die Gestaltung von Grab und Grabzeichen*).

§ 15

Zustimmungserfordernis

1. Die Aufstellung oder Änderung eines Grabzeichens und der damit zusammenhängenden Anlagen ist vorher bei der Friedhofsverwaltung schriftlich zu beantragen. Dem Antrag ist eine Zeichnung im Maßstab 1 : 10 in doppelter Ausfertigung beizufügen, aus der im besonderen die Anordnung von Schrift und Symbol auf dem Grabzeichen ersichtlich ist. Schriftdetail 1 : 1. Die Friedhofsverwaltung kann Modelle anfordern, sofern dies zum Verständnis notwendig ist. Die Friedhofsverwaltung kann sich bei der Beurteilung der eingereichten Zeichnungen durch befähigte anerkannte Fachkräfte beraten lassen.
2. Entspricht die Ausführung eines Grabzeichens nicht der genehmigten Zeichnung des Zustimmungsantrags, setzt der Friedhofsträger dem Nutzungsberechtigten eine angemessene Frist zur Beseitigung oder Abänderung des Grabzeichens. Nach ergebnislosem Ablauf der Frist kann die Friedhofsverwaltung die Abänderung oder Beseitigung auf Kosten des Nutzungsberechtigten veranlassen.
3. Die Errichtung und Veränderung aller sonstigen Anlagen bedarf ebenfalls der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Friedhofsverwaltung. Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend.

§ 16

Die Grabzeichen

1. Die Inschrift auf den Grabzeichen soll das Andenken an den Verstorbenen würdig bewahren. Inschriften, Zeichen und Sinnbilder dürfen nicht

*) Nur stehen lassen, falls gleichzeitig Gestaltungsrichtlinien erlassen werden.

im Widerspruch zu dem kirchlichen Charakter des Friedhofs stehen.

2. Die Grabzeichen sind ihrer Größe entsprechend nach den allgemein anerkannten Regeln des Handwerks zu fundamentieren und so zu befestigen, daß sie dauerhaft standsicher sind und auch beim Öffnen benachbarter Gräber nicht umstürzen oder sich senken können.
3. Stehende Grabzeichen bis 1,00 m Höhe erhalten ein Fundament in Form eines mindestens 1,10 m langen sogenannten Überlegers, der 0,25 m breit und 0,20 m hoch ist. Die Oberkante muß mindestens 0,10 m unter Geländehöhe liegen. Die gestampften Beton-Überleger können auch als fertige Werkteile eingebracht werden. Bei Grabzeichen über 1,00 m Höhe müssen die Maße der Fundamente so beschaffen sein, daß sich unbedingte Standsicherheit ergibt.

4. Liegende Grabzeichen werden ohne Fundament ins Erdreich eingebettet.

5. Hölzerne und metallene Grabzeichen bekommen ein Fundament, das ihrem Gewicht entspricht. Hölzerne Grabzeichen können mit dem imprägnierten Schaft in den Boden eingelassen werden.

6. Alle stehenden Grabzeichen müssen durch nichtrostende Metalldübel mit mindestens 10 mm Stärke so mit dem Fundament verbunden werden, daß die Standsicherheit gewährleistet ist. Für die Standsicherheit der Grabzeichen sind die Nutzungsberechtigten verantwortlich. Wenn die Standsicherheit eines Grabzeichens nicht mehr gewährleistet ist, kann die Friedhofsverwaltung den Nutzungsberechtigten unter Setzung einer angemessenen Frist zur Beseitigung der Gefährdung auffordern. Ist der Nutzungsberechtigte unbekannt oder nicht zu ermitteln, genügt eine öffentliche Aufforderung. Nach Ablauf der Frist oder bei Gefahr in Verzug ist die Friedhofsverwaltung berechtigt, die nicht standsicheren Grabzeichen zur Vermeidung von Gefahren für die Friedhofsbenutzer sachgemäß umzulegen.

7. Nach Ablauf des Nutzungsrechts ^{haben} können die Nutzungsberechtigten die Grabmale, Einfriedigungen usw. ^{entfernen} entfernen. ^{von diesem Recht} ^{hier von} Machen sie ^{von diesem Recht} innerhalb von 6 Monaten nach Bekanntmachung (vgl. § 12, 1 a und 2 c) keinen Gebrauch, so gilt ihr Eigentum an den Grabdenkmälern und Einfriedigungen als aufgegeben.

§ 17

Gärtnerische Gestaltung der Gräber

1. Alle Grabstätten müssen hergerichtet und dauernd instand gehalten werden. Verwelkte Blumen und Kränze sind von den Grabstätten zu entfernen und an den dafür vorgesehenen Plätzen abzulegen.
2. Die Gestaltung der Grabstätten ist dem Gesamtcharakter des Friedhofes, des Grabfeldes und der unmittelbaren Umgebung anzupassen. Für die Bepflanzung der Grabstätten sind nur solche Pflanzen zu verwenden, die andere Grabstätten oder die öffentlichen Anlagen und Wege nicht beeinträchtigen.

**Geschäftsordnung
für den Friedhofsausschuß**

§ 1

1. Die Sitzungen des Friedhofsausschusses werden durch den Vorsitzenden nach Bedarf, jedoch jährlich mindestens einmal einberufen. Eine Sitzung muß anberaumt werden, wenn es mindestens zwei Mitglieder unter Angabe des Zwecks beantragen.
2. Die Einberufung soll mindestens 3 Tage vor der Sitzung schriftlich unter Angabe der Tagesordnung erfolgen.
3. Die Sitzungen sind nicht öffentlich. Auf Beschluß des Friedhofsausschusses kann in Einzelfällen die Öffentlichkeit zugelassen werden.
4. Jedes Mitglied des Friedhofsausschusses ist zur Verschwiegenheit über alle Gegenstände verpflichtet, die als vertraulich bezeichnet sind.
5. Beschlußfähig ist der Friedhofsausschuß, wenn die Hälfte seiner Mitglieder erschienen ist. Ist dies nicht der Fall, so wird zu einer zweiten Sitzung einberufen. Diese ist auf jeden Fall beschlußfähig; in der Einladung ist darauf hinzuweisen.
6. Die Beschlüsse werden nach Stimmenmehrheit gefaßt; bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.
7. Wer am verhandelten Gegenstand persönlich beteiligt ist, darf nur auf ausdrücklichen Wunsch des Friedhofsausschusses bei der Verhandlung anwesend sein und muß sich der Stimme enthalten.

§ 2

1. Über die Beschlüsse wird eine Niederschrift in ein Verhandlungsbuch eingetragen, vorgelesen und von dem Vorsitzenden sowie mindestens zwei Mitgliedern unterschrieben.

2. Auszüge aus dem Verhandlungsbuch, die der Vorsitzende beglaubigt, bekunden die Beschlüsse nach außen.
3. Ausfertigungen unterschreibt der Vorsitzende.

§ 3

1. Dem Friedhofsausschuß obliegt insbesondere, über die Aufrechterhaltung der Ordnung auf dem Friedhof zu wachen sowie für eine würdige Ausgestaltung und die Einhaltung der Bestimmungen der Friedhofsordnung zu sorgen. Diese Sorge hat sich auch auf die rechtzeitige Erweiterung oder Neuanlage und die würdige Herrichtung des neuen Geländes zu erstrecken.
2. Der Totengräber und die sonstigen für den Friedhofsbetrieb erforderlichen Arbeitskräfte werden von dem Friedhofsausschuß im Einvernehmen mit dem Kirchenvorstand bestellt.

§ 4

1. Der Friedhofsausschuß kann die laufenden Verwaltungs- und Kassengeschäfte (Geschäftsführung) einem anderen Mitglied als dem Vorsitzenden zur Erledigung übertragen. Das geschäftsführende Mitglied kann sich bei der Erfüllung dieses Auftrages eines Gehilfen (Gemeinderechner, Kastenmeister) bedienen. Dieser kann zu den Sitzungen des Friedhofsausschusses mit beratender Stimme hinzugezogen werden. Entscheidungen, die in Eilfällen außerhalb einer Sitzung des Friedhofsausschusses ergehen, werden von dem Vorsitzenden und dem geschäftsführenden Mitglied gemeinsam getroffen.
2. Der Kassenführer hat ein Tagebuch über die Einnahmen und Ausgaben, die sämtlich belegt sein müssen, zu führen und am Schluß jeden Haushaltsjahres der Friedhofsverwaltung eine Jahresrechnung unter Beifügung der Belege vorzulegen. Die Friedhofsverwaltung prüft die Rechnung und beschließt über die Erteilung der Entlastung des Kassenführers.

Ellershausen, den 27. 3. 1990

Der Friedhofsausschuß:



Dienstsiegel der
Kirchengemeinde



Dienstsiegel der
polit. Gemeinde

Wimmer Vorsitzender

Reibherg stellv. Vors.

Wimmer Mitglied

1. Änderung der Friedhofsordnung Ellershausen

§ 12 .1 wird wie folgt geändert:

Die Grabstätten werden eingeteilt in Grabstätten und Urnengrabstätten.

§ 12.4 wird wie folgt geändert:

Aschenurnen dürfen außer in Urnengrabstätten auch in Grabstätten für Erdbestattung beigesetzt werden.

§ 12.5. wird ergänzt:

....., so kann die Friedhofsverwaltung die Grabstätte in dem erforderlichen Umfang "auf Kosten des Nutzungsberechtigten" abräumen, einebnen und begrünen lassen.

§ 13 wird wie folgt neu formuliert:

§ 13

1. a) Grabstätten

werden einzeln oder für mehrere Grabstellen für die Dauer des Nutzungsrechts vergeben.

Das Nutzungsrecht beträgt 30 Jahre vom Tage des Erwerbs an gerechnet.

Nach Ablauf des Nutzungsrechtes kann es nur auf Antrag und nur für die gesamte Grabstätte gegen Zahlung einer Gebühr nach der jeweiligen Gebührenordnung einmalig um weitere 20 Jahre erneuert werden.

Über das Nutzungsrecht wird eine Bescheinigung ausgestellt. Die Friedhofsverwaltung ist nicht verpflichtet, zur rechtzeitigen Stellung des Verlängerungsantrages aufzufordern.

b) Überschreitet bei Beisetzungen die Ruhefrist das noch laufende Nutzungsrecht, so ist zur Wahrung der Ruhefrist das Nutzungsrecht um den notwendigen Zeitraum zu verlängern. Die Gebühren richten sich auch bei Erneuerung der Nutzungsrechte nach der jeweils gültigen Gebührenordnung.

c) Nach Erlöschen des Nutzungsrechts und nach Ablauf der Ruhefrist kann die Friedhofsverwaltung über die Grabstätte anderweitig verfügen; hierauf ist durch öffentliche Bekanntmachung in ortsüblicher Form hinzuweisen.

d) In einer Grabstätte dürfen der Nutzungsberechtigte und seine Angehörigen beigesetzt werden.

Als Angehörige im Sinne dieser Ordnung gelten:

1. der Ehegatte des Nutzungsberechtigten,
2. Verwandte auf- und absteigender Linie sowie Geschwister und Geschwisterkinder,

3. die Ehegatten der unter 2. bezeichneten Personen.

e) Größe der Grabstelle

für Erwachsene:

Länge 2,20 m Breite 1,20 m

für Kinder bis zu 7 Jahren:

Länge 1,50 m Breite 0,90 m.

Die Breite des Weges zwischen den Grabreihen beträgt 1,00 m.

f) Es dürfen zusätzlich bis zu 2 Urnen auf Grabstätten für Erdbestattungen beigesetzt werden.

Die 2. Urne darf nur bis spätestens nach 30 Jahren nach der Vergabe der Grabstätte noch beigesetzt werden.

2. a) Urnengrabstätten

werden einzeln für die Dauer des Nutzungsrechtes vergeben.

1.a) gilt entsprechend.

b) Größe der Urnengrabstätte

Länge 1,00 m Breite 1,00 m.

Die Breite des Weges zwischen den Grabreihen beträgt 1,00 m.

c) Es können bis zu 4 Urnen beigesetzt werden.

Die 4. Urne darf nur bis spätestens nach 30 Jahren nach der Vergabe der Urnengrabstätte noch beigesetzt werden.

3. Soweit sich nicht aus der Friedhofssatzung etwas anders ergibt, gelten die Vorschriften für Grabstätten entsprechend auch für Urnengrabstätten.

§ 16.7 wird wie folgt ergänzt:

"§ 12.5 gilt entsprechend".

Die vorstehende 1. Änderung der Friedhofsordnung Ellershausen vom 27.3.1990 tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft .

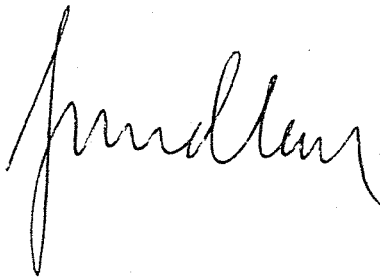
Bad Sooden-Allendorf, den 29.09. 1997

Die Friedhofsverwaltung:

Dienstsigel
der Kirchengemeinde



Vorsitzender



stellv. Vors.

Mitglied

Genehmigt: Das Landeskirchenamt

Kassel, den

Gebührenordnung für den Friedhof Ellershausen in Bad Sooden-Allendorf

I. Erwerb des Nutzungsrechtes an Grabstätten

Dauer des Nutzungsrechtes und der Ruhefrist 30 Jahre. Verlängerungsmöglichkeit bis zu 20 Jahren besteht. Erwerb ist nur bei Eintritt des Todesfalles möglich. Anspruch auf einen bestimmten Platz besteht nicht.

1. Erwachsene pro Grabstelle	150,00 DM	77,00 €
Kinder bis zu 5 Jahren (Kindergrab)	75,00 DM	38,00 €
2. Urnengrabstätten		
pro Grabstätte	120,00 DM	61,00 €
Es können bis zu 4 Urnen auf einer Grabstätte beigesetzt werden.		
Für die 2., 3., und 4. Urnenbeisetzung werden jeweils erhoben.	50,00 DM	26,00 €
3. Verlängerungen von 20 Jahren		
für Grabstätten	100,00 DM	51,00 €
für Urnengrabstätten	80,00 DM	41,00 €
für Kindergräber	50,00 DM	26,00 €
4. Überschreitet die Ruhefrist das noch laufende Nutzungsrecht (vgl. § 13.1b der Friedhofsordnung), so ist die Verlängerungsgebühr nach der Zahl der Jahre anteilig zu berechnen und bereits vor der erneuten Belegung fällig.		
5. Urnenbeisetzungen auf Grabstätten für Erdbestattungen sind möglich: maximal 2 Urnen pro Grabstätte.		
Gebühr je Urne	50,00 DM	26,00 €

II. Bestattungsgebühren

a) Beerdigungsgebühr (ev. Begräbnis)	3,00 DM	2,00 €
b) Benutzung der Friedhofshalle	20,00 DM	10,00 €
c) Trägerlohn pro Träger (durchlaufend)	30,00 DM	15,00 €
d) Läutegebühr (durchlaufend)	15,00 DM	8,00 €
e) Orgelspiel (durchlaufend)	50,00 DM	26,00 €
f) Orgelbenutzung (f. Wartung)	10,00 DM	5,00 €
g) Ausheben und Verfüllen des Erdgrabes	430,00 DM	220,00 €
(falls diese Arbeiten durch einen Friedhofsgärtner von außerhalb erledigt werden müssen, gelten die dortigen Gebühren)		
h) Ausheben und Verfüllen des Urnengrabes	50,00 DM	26,00 €
i) Wassergeld für 30 Jahre	60,00 DM	31,00 €

Bei Kindergräbern bis zu 5 Jahren ist für das Ausheben und Verfüllen des Erdgrabes die Hälfte zu zahlen. Vom 15.11 bis 15.03. jedes Jahres wird für das Ausheben der Gräber ein Winterzuschlag von 20 % erhoben.

III. Verwaltungsgebühr

1. Pro Grabstätte	20,00 DM	10,00 €
2. Zusätzlich wird eine Genehmigungsgebühr		
pro Grabstätte mit Denkmal in Höhe von	50,00 DM	26,00 €
und pro Grabstätte mit Denkmal und Einfassung in Höhe von erhoben.	70,00 DM	36,00 €

IV. Einebenen von Grabstätten

Pro Grab

a) ohne Stein und Einfassung	52,00 DM	27,00 €
b) mit Stein	100,00 DM	51,00 €
c) mit Einfassung	115,00 DM	59,00 €
d) mit Stein und Einfassung	200,00 DM	102,00 €

Sämtliche Gebühren sind im voraus zu zahlen.

In Härtefällen kann die Friedhofsverwaltung die Gebühren ermäßigen oder erlassen.

Die an die Pfarreikasse bzw. Kirchenkasse zu zahlenden Beerdigungsgebühren bleiben unberührt.

Die ausgewiesenen Eurobeträge werden ab 01.01.2002 erhoben.

Die vorstehende Friedhofsgebührenordnung tritt am ~~01.01.2002~~ in Kraft. Mit dem gleichen Zeitpunkt treten alle bisherigen Friedhofsgebührenordnungen außer Kraft. Tage nach der Veröffentlichung in Kraft.

Bad Sooden-Allendorf, den 28.06.2001



Die Friedhofsverwaltung

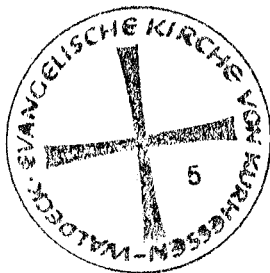
Holger Krause Vorsitzender



S. D. C. stellv. Vors.

A. Stöber Mitglied

Kirchenaufsichtlich genehmigt: Das Landeskirchenamt Kassel, den



Kirchenaufsichtlich genehmigt
Evangelische Kirche von Korbessen-Waldeck
- Das Landeskirchenamt -

Kassel, den 10. JULI 2001

Im Auftrag
[Signature]
Kirchenoberamtsrat